

## **Beschluss des Landrats vom 06.06.2019**

Nr. 2658

### **30. Schottergärten: Sensibilisierungs-Massnahmen** 2018/977; Protokoll: mko

Landratspräsident **Hannes Schweizer** (SP) informiert, dass die Regierung das Postulat entgegennimmt.

Die SVP-Fraktion ist laut **Hans-Jürgen Ringgenberg** (SVP) aus einem einfachen Grund gegen die Überweisung: Es gibt eigentlich gar nichts zu regeln. Es ist Sache des Eigentümers, ob er lieber einen Stein- oder einen Schottergarten möchte. Er kann sich diesbezüglich von jeder Gärtnerei beraten lassen. Diese Arbeit lässt sich sparen, indem man das Postulat nicht überweist.

**Miriam Locher** (SP) sagt, dass die Regierung das Anliegen wie gehört entgegen nehmen möchte. Es verwundert nicht wahnsinnig, dass die SVP das anders sieht. Die Antwort der Regierung auf eine Interpellation, die die Votantin zum Thema gestellt hatte, weist einige Punkte auf, die wirklich gangbar wären und Sinn machen würden. In den vergangenen Monaten konnte man in vielen Medienberichten immer wieder lesen, dass die Schottergärten in der Tat ein Problem sind. Es wäre dies hier eine Massnahme, mit der man ökologisch ein Pflock einschlagen könnte. Die SP-Fraktion macht deshalb beliebt, das Postulat zu unterstützen.

**Rolf Richterich** (FDP) lehnt namens seiner Fraktion den Vorstoss ab. Sie sieht keinen Sinn darin, dass der Staat etwas erbringen muss. Dazu gibt es Private, die in dieser Angelegenheit beraten können. Am Schluss entscheiden eh der Menschenverstand und der Eigentümer. Wenn die Linken das in der ihrer Weltverbesserungsmanie auch noch beeinflussen möchten, müssten sie wohl hier auch noch Vorschriften erlassen. Darauf läuft es nämlich hinaus – dass einem als Grundeigentümer alles vorgeschrieben wird. Die FDP wehrt sich dagegen. Man kann Freund oder Gegner von Schottergärten sein. Man sieht einfach, dass es eine zunehmende Nachfrage von Grundeigentümern gibt, warum auch immer. Warum deshalb wieder alles reglementieren? Das ist typisch für diese Seite. Mehr lässt sich dazu nicht sagen.

**Felix Keller** (CVP) ist wie auch die CVP/BDP-Fraktion etwas anderer Meinung als FDP und SVP. Es handelt sich hier um ein Thema, das man aufgreifen sollte. Wenn man in der Gegend rumläuft, sieht man, wie immer mehr grüne Rabatten und Gärten in Schottergärten umgestaltet werden. Ein bisschen Aufklärung seitens des Kantons wäre da nicht fehl am Platz. Das LZE ist dafür sicher eine gute Institution, um mit einem Flyer die Privaten, vielleicht auch die Gemeinden, darauf aufmerksam zu machen. So falsch ist das nicht. Deshalb wird sich die CVP/BDP-Fraktion nicht gegen eine Überweisung wehren.

**Stephan Ackermann** (Grüne) sagt, dass es eben gerade nicht darum gehe, Gesetze zu machen, sondern dass Aufklärungsarbeit geleistet wird, damit sie verhindert werden können und der gesunde Menschenverstand stattdessen einsieht, dass derartige Gärten möglichst zu verhindern sind. Denn genau diese heizen die Umgebung noch mehr auf, was gut zum Beitrag der vorherigen Diskussion passt.

**Anita Biedert** (SVP) hat sich kündigt gemacht und mit vielen Personen geredet (Architekturplanungsbüro, Gärtnermeisterverband). Es wurde ihr zugesichert, dass bei den meisten Planungsverfahren das Thema aufgenommen und die Kundschaft betreffend die möglichen Auswirkungen auf die Natur aufgeklärt wird. Schlussendlich ist es aber dem Kunden überlassen, was er aus seinem

Garten machen möchte. Schliesslich ist er es auch, der zahlt. Die Votantin denkt, dass die Aufklärungen von Seiten der Profis ausreichen und weitere Massnahmen von Seiten Kanton nicht nötig sind.

**Thomas Noack** (SP) denkt, dass es bei dieser Frage auch um das Thema Stadtklima geht. Mit dieser Massnahme wird der Klimawandel zwar keineswegs verhindert. Man findet aber einen besseren Umgang mit wärmeren Sommern und heisseren Tagen, wenn die Gärten sinnvoll bepflanzt oder anders als mit Schotter bewirtschaftet werden. Dies führt schliesslich auch dazu, dass das Stadt- und Dorfklima erträglicher wird. Deshalb ist es wichtig, eine Sensibilisierung vorzunehmen und die Vorlage zu unterstützen.

://: Mit 39:37 Stimmen wird das Postulat abgelehnt.

---